

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Information der Bevölkerung zur Abstimmungsvorlage über das Flughafen- gesetz - Nachtragskredit

U 1.1.1 / V 4.6

Ausgangslage

Im Rahmen der Verselbständigung des Flughafens wurde vom Kantonsrat das Flughafengesetz verabschiedet und soll im November dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der Stadtrat von Opfikon hat gegen dieses Gesetz Stellung bezogen und will sich bei der Kampagne gegen das Flughafengesetz politisch und auch finanziell beteiligen. Zur Sicherstellung der notwendigen Mittel wird dem Gemeinderat ein Nachtragskredit von

Fr. 25'000.- beantragt.

Der Stadtrat hat auf Grund der doch hohen politischen Brisanz, die in diesem Vorhaben liegt, diesen Entscheid nicht in eigener Kompetenz beschlossen. Er unterbreitet deshalb diesen Nachtragskredit dem Gemeinderat, damit eine breitere politische Abstützung gewährleistet ist.

Beurteilung

Die RPK ist mehrheitlich der Meinung, dass die politische Behörde - im vorliegenden Fall der Stadtrat - sich nicht am Abstimmungskampf gegen die Vorlage Flughafengesetz und dazu noch mit Mitteln aus der Gemeindekasse beteiligen darf. Es ist Sache der Parteien und Interessenvertreter den Abstimmungskampf zu führen. Allenfalls wäre eine objektive und ausgewogene Information durch den Stadtrat denkbar. Eine eindeutige Stellungnahme **gegen** die Vorlage entspricht nicht den politischen Gepflogenheiten. Diese Meinung wird auch von Experten unterstützt; es bestehen auch diesbezügliche Bundesgerichtsentscheide gegen ein solches Vorgehen.

Antrag

Die RPK beantragt (mit 3:2) dem Gemeinderat den vorliegenden
Nachtragskredit von Fr. 25'000.- für eine Kampagne gegen die Abstimmungsvorlage über das Flughafengesetz zu Lasten des Kontos 3575.3180.04 abzulehnen.

Sprecher im Rat: Fritz Stoll

Opfikon, 16. Juni 1999

Die Rechnungsprüfungskommission

Der Präsident

Ein Mitglied

Fritz Stoll

Albert Steffen